

## Bezugspreis

In der Hauptpoststelle über den im Jahre 1890 und den Bevorsten errichteten Postgebäuden ab geholt: vierzig Groschen 4.40, bei gewöhnlicher Postlieferung ins Ausland: A. 6.00. Durch die Post bezogen für Deutschland und Österreich: vierzig Groschen A. 6.00. Dreizehn täglich Auslandsbelebung ins Ausland: monatlich A. 7.50.

Die Morgen-Ausgabe erscheint um 7 Uhr, die Abend-Ausgabe höchstens um 6 Uhr.

## Redaktion und Expedition:

Johannestor 8.

Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

## Filialen:

Otto Stemm's Contin. (Alfred Hahn), Universitätstraße 8 (Börsialien), Louis Löhr, Katherinenstr. 14, postl. und Königstraße 2.

## Abend-Ausgabe.

# Leipziger Tageblatt

## und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und Amtsgerichtes Leipzig,  
des Rathes und Polizei-Amtes der Stadt Leipzig.

Nr. 624.

Freitag den 9. December 1898.

92. Jahrgang.

## Politische Tagesschau.

Leipzig, 9. December.

Die Abgeordneten studieren den Gesetzes- und behalten heute und morgen die Sitzungen des Reichstags auf. Es wäre ungünstig, den Stand nicht gelten zu lassen, und auch ungerecht, denn ungefähr ein Drittel der Herren findet den Tag wertvoll. Die Redner der ersten Staatsberatung werden aber nicht durchweg dieser Meinung Minderheit entnommen, was freilich auch unzulässig ist, denn der Reichshaushalt spielt bei dieser Erörterung gewöhnlich eine untergeordnete Rolle. Eine Befreiung der allgemeinen politischen Lage ist übrigens, da der Reichstag keine Abstimmung hat, bei dieser Gelegenheit am Platze. Nur Schafe, das seit Jahren dabei weniger gelingt als gerades und zwar zum Festen kommt, werden gescheitert. Die bevorstehenden Debatten werden keine Ausnahme von dieser Regel der letzten Jahrzehnte machen und sich höchstens durch eine Häufung von Viererstimmen von ihren Vorgängerinnen unterscheiden. Die letzte Erwartung dürfte es den Parlamentsreportern noch drei, vier Mal ermöglichen, von einem gut besetzten Hause zu berichten. Daß der Reichstag das ihm schon jetzt von unverantwortlichen Journalisten gepredigte Lob ausgesetzte Frequenz auch nach dem Weihnachtsfest noch rechtfertigen werde, ist sehr zu bezweifeln. Das Centrum hat zwar wieder den ersten Präsidenten gestellt und dadurch eine vermeidbare Verantwortung für die Verfolgungsbürokratie übernommen, aber der gewohnte Abstimmung seiner süddeutschen Mitglieder wird doch vorausgesetzt. Und die nächst den Antisemiten am meisten durch Plädoyer verschaffung ausgezeichnete Fraktion der süddeutschen Volkspartei hat gar keine Verabsiedlung, sich so bald wieder sehen zu lassen, sondern doch die unzulässige Ausführung, die ihr Mitglied Hauermann bei der Erörterung des Abendessens Bismarck's beliebte, einen für ihre Strenge passenden Vorber erinnert hat. Die Wähler dieses Herren seien hiermit dazu bestimmt, daß ihr Vertreter es verstanden hat, die Gefühle der großen Mehrheit des deutschen Volkes auf die Gschäftlichkeit zu verlegen und das Verhalten der Sozialdemokratie, die beim Beginn der Gschäftigkeit des Präsidenten das Haus verlassen, als ein verhältnismäßig unanständiges erscheinen zu lassen. Das im Präsidium vertretene Unrecht hat mit den Verträgen des Herrn Hauermann keinerlei Beziehung, wofür ziemlich auch die Freimaurer Vereinigung den Anspruch auf einen Glückwunsch erworben hat. Einige national-liberale Zeitungen und Politiker, die bei den preußischen Landtagewahlen im Namen des "Schwabenganges" gegen agrarische Uebergänge mit der Gruppe Barth-Ritter zu einer Faktion zusammengekommen waren und denen deshalb die Absehung der Freimaurer Vereinigung zur Sozialdemokratie eingesetzt und zum Centrum anderseits fatal ist, suchen Beweis daran zu erwidern, daß die bestreiten direkt, daß die Vereinigung durchweg für Herren Schmidt-Bingen als zweiten Vizepräsidenten bestimmt habe. Das ist aber, wie man bestimmt weiß, der Fall gewesen, und es konnte auch nicht anders sein. Einmal durfte diese Gruppe, die im Reichstag wahrscheinlich im preußischen Abgeordnetenkampe sicher außer Staate ist, ohne fremde Unterstützung Anträge zu stellen, in einer Angelegenheit, die Herrn Richter wichtig erschien, sich nicht gegen diesen empören. Sodann zog den Zähler des Häuschen, den Abg. Dr. Siemens, sein Herz nach links und nicht zu Herrn Bößermann, einem der

Niederlanden des Börsengesetzes. Die Freimaurer Vereinigung macht Aufsehen, zur "Abwehrbereit" im Reichstag, die nach der "Germania" neben der "positiven Weisheit" steht, gerechnet zu werden. Diese Gegenüberstellung, daß es den Centrum bei der Balafleur des Mitgliedes einer kleinen demokratischen Fraktion zum Präsidenten um die Aufführung eines Drohzeitung für die Regierung zu gewinnen, ist Herr Schmidt im Vorstand des Reichstages bestrebt, daß die Freikirche Partei auch ähnlich anders kann, als sie bei der Marinevorlage gehabt. "Der Darmstadt" Berlitz zeigt der Radicalismus auch keine sonderliche Beunruhigung wegen etwaiger positiver "Großes" des Centrum. Haben doch sogar die Socialdemokraten gebeten, den Grafen Ballietzen zum ersten Präsidenten zu machen. Sich durch die Wahl eines sozialdemokratischen Führers zu versichern, war dem Centrum vertragt, daß die Sozialdemokratie im Falle der Aufführung eines Sozialkonservativen im Bureau dem Präsidium fern geblieben wären. Und so unter sich zu sein, wie in den Jahren 1895 bis 1898, wäre den Clericalen doch nicht befriedigt gewesen.

Wenn die "Nat.-Ztg." recht unrichtig ist, so haben sich in der lippe-lippischen Angelegenheit die Regierungen nunmehr darüber verständigt, daß durch den Bundesrat die Rechtigung der lippe-darmstädterischen Landesgeisgebung zur Regelung der Erbfolgefrage anerkannt werden soll. Offiziell bestätigt sich diese Meldung recht bald, denn nur eine derartige Entscheidung des Bundesrates läßt sich mit der Reichsverfassung vereinbaren, ohne die Gewalt anzutun. Leider aber wird der Meldung ein Zusatz hinzugefügt, der diese Hoffnung nicht unzweckmäßig einschränkt. Nach dieser Zusatz soll nämlich dem bezeichneten Bundesratsbeschuß eine Erklärung des Senates vorangestellt werden, daß der Bundesrat sich zwar für zuständig halte, in der Erbfolgefrage selbst zu entscheiden, aber von dieser Zuständigkeit keinen Gebrauch machen willte. Mit Recht demiert die "Nat.-Ztg." auf diesem zweiten Theile ihrer Meldung:

"Der Zweck einer herzlichen Einleitung — gewissen Regierungen die Rücksicht aus der Sache —, in die sie sich begeben haben, zu erleichtern — ist begreiflich, weniger jedoch die Zusp. Die Ausschreibung-lippischen Anträge behaupten, daß ein Streit zweier Bundesstaaten vorliege, und sie verlangen nach Art. 76 Abs. 1, "Anerkennung" dieses Streites durch den Bundesrat. Ist ein Streit zweier Bundesstaaten wirklich vorhanden, dann, jenes auf dass, in der Bundesrat auf Grund des Art. 76 Abs. 1 zulässig, und dann muß er den Streit erledigen. Nachstehend, ich eine solche Entscheidung der lippe-darmstädterischen Landesgeisgebung zu entscheidende Frage vorstelle, so stellt er darunter ich, daß kein Streit zweier Bundesstaaten eingesetzt, und die unzweckmäßige legale Erklärung hieraus ist, daß er nicht zulässig auf Grund des Art. 76 Abs. 1 ist. Jegend eines Beschlusses auf die lippisch-darmstädterischen Anträge zu fassen, ist der Bundesrat selbstverständlich zulässig, denn dieselben müssen erledigt werden; aber es ist im vorliegenden Falle nur die lippisch-darmstädterische Zuständigkeit, die für unzulässig zu erklären. Diese ist dem Bundesrat von keiner Seite befehlen worden. Die Ausschreibung, die die heutige Angelegenheit durch die Landesgeisgebung von Lippe-Darmstadt zu entscheiden ist, ist die Erklärung der lippischen Unzulässigkeit. Will der Bundesrat ihr, wie es scheint, eine

solche unzulässige Einleitung voraussetzen, so wird diese vielleicht in Beispiele zu verneinen sein; doch an der Verfassungstechnisch und politisch richtigen Lösung würde die Aufführung der Zusp. nicht anders; der Bundesrat würde nur eben bestunden, daß er die leistete nicht zu seiner Zuständigkeit gehöre."

Wir können nicht glauben, daß die Mehrheit des Bundesrats zu einer Aufhebung der Zusp. sich entschließen werde, um "gewisse" Regierungen aus der Sache herauszuholen. Sollte ihm ein solches Urteil ernstlich zugeworfen werden, so könnte leicht die ganze Vereinbarung in die Brüche gehen.

Gestern hat der englische Colonialminister Chamberlain wieder eine bedeutende Rede in Wales gehalten, welche sie über die zukünftige Weltpolitik des Imperiums aussprach und Deutschland als Freund und Bruder des Volkes vorstellt.

Chamberlain sagte in Bezug auf Frankreich die Zukunft sei noch immer angewiesen; sie hinge von der Frage ab, ob zu welchen Zwecken es möglich sei, zu einer Vereinigung mit Frankreich zu gelangen, und in welchem Maße man an einer solchen Vereinigung bestreiten werde. Er möchte eine direkte Freundschaft zwischen den beiden großen Nationen begründen, doch hätte er es auch für nötig, zu erklären, daß die Freundschaft unverträglich mit der Politik der Britterierung und der Eroberungen sei, welche seit so vielen Jahren verfolgt werde. "Wie sind nicht gesonnen", sagte der Redner, "die Freundschaft um den Preis von Concessions, die ohne Gegenleistung sie und sind und die nur als Ausgangspunkt für neue Eroberungen dienen, zu erhalten." Sodann sprach der Minister über China und wie die an den Regierungspolitik von Bismarck Opposition große Kritik prüft. Hierzu fragte er, ob England nachland den Krieg hätte aufzuhängen sollen, weil es seinen weiteren, bisher nicht offenbarten Plänen miethane, und ob es mit Gewalt dem natürlichen Werden Englands, eines eisfreien Hafens zu haben, hätte Widerstand leisten sollen. Die große Macht des englischen Volkes werde eine solche Politik als unzweckmäßig und unfehlbar verurtheilen. „Ich glaube“, fuhr der Minister fort, „eine Übereinkunft mit Russland ist unzweckmäßig und unfehlbar verurtheilt.“ „Ich glaube“, fuhr der Minister fort, „eine Übereinkunft mit Russland ist zu wünschen, ich kann sogar sagen, sie ist unzweckmäßig. Wollen nicht wir erste Besiedlungen richten sollen, stellen sich keine unzweckmäßigen Bedenken einer freundschaftlichen Regierung entgegen, welche die verdeckten Besiedlungen Russlands mit der eisfreien Politik dieses Landes verbünden würde, die folgende ist: Aufrechterhaltung gleicher Gelegenheiten für den Handel aller anderen Nationen.“

Um Schluß einer Ausschreibung, betreffend die Aufrechterhaltung freien Handels in China, sagte der Minister: „Ich glaube, daß meine Hoffnungen in dieser Richtung wohlgegründet sind, denn unsere Interessen werden von Japan, Deutschland und Amerika geteilt; Alle haben sie die gleichen Interessen.“ Chamberlain führte eine Reihe der letzten Worte des Präsidenten Moritz ein und sagte, er glaube, in Zukunft werden die Engländer nicht die einzigen Wächter der „offenen Thür“ sein. — Chamberlain wurde sich jedoch der Frage der Allianzen zu und sagte: „Wir sind bereit, unsere eigenen Verpflichtungen und weitere ausreichende Interessen allein zu vertheidigen; dafür verlangen wir keine Beihilfe, dafür haben wir keine

Allianz nötig. Hier es gibt andere Interessen, welche wir mit anderen teilen. Ist es nicht vernünftig, daraus zu denken, daß es ein gewisser Zusammenhang gäbe, um diese Interessen zu fördern? Ich gestehe mir, gewiss unserer deutschen Freunde zu sagen, daß es möglich ist, von einer Allianz zu sprechen, wo der Bevölkerung die Zusp. nicht zu seiner Zuständigkeit gehöre.“ Wir können nicht glauben, daß die Mehrheit des Bundesrats zu einer Aufhebung der Zusp. sich entschließen werde, um "gewisse" Regierungen aus der Sache herauszuholen. Sollte ihm ein solches Urteil ernstlich zugeworfen werden, so könnte leicht die ganze Vereinbarung in die Brüche gehen. Gestern hat der englische Colonialminister Chamberlain wieder eine bedeutende Rede in Wales gehalten, welche sie über die zukünftige Weltpolitik des Imperiums aussprach und Deutschland als Freund und Bruder des Volkes vorstellt.

Chamberlain sagte in Bezug auf Frankreich die Zukunft sei noch immer angewiesen; sie hinge von der Frage ab, ob zu welchen Zwecken es möglich sei, zu einer Vereinigung mit Frankreich zu gelangen, und in welchem Maße man an einer solchen Vereinigung bestreiten werde. Er möchte eine direkte Freundschaft zwischen den beiden großen Nationen begründen, doch hätte er es auch für nötig, zu erklären, daß die Freundschaft unverträglich mit der Politik der Britterierung und der Eroberungen sei, welche seit so vielen Jahren verfolgt werde. „Wie sind nicht gesonnen“, sagte der Redner, „die Freuds-

haft um den Preis von Concessions, die ohne Gegenleistung sie und sind und die nur als Ausgangspunkt für neue Eroberungen dienen, zu erhalten.“ Sodann sprach der Minister über China und wie die an den Regierungspolitik von Bismarck Opposition große Kritik prüft. Hierzu fragte er, ob England nachland den Krieg hätte aufzuhängen sollen, weil es seinen weiteren, bisher nicht offenbarten Plänen miethane, und ob es mit Gewalt dem natürlichen Werden Englands, eines eisfreien Hafens zu haben, hätte Widerstand leisten sollen. Die große Macht des englischen Volkes werde eine solche Politik als unzweckmäßig und unfehlbar verurtheilen. „Ich glaube“, fuhr der Minister fort, „eine Übereinkunft mit Russland ist unzweckmäßig und unfehlbar verurtheilt.“ „Ich glaube“, fuhr der Minister fort, „eine Übereinkunft mit Russland ist zu wünschen, ich kann sogar sagen, sie ist unzweckmäßig. Wollen nicht wir erste Besiedlungen richten sollen, stellen sich keine unzweckmäßigen Bedenken einer freuds-

chaftlichen Regierung entgegen, welche die verdeckten Besiedlungen Russlands mit der eisfreien Politik dieses Landes verbünden würde, die folgende ist: Aufrechterhaltung gleicher Gelegenheiten für den Handel aller anderen Nationen.“

Um Schluß einer Ausschreibung, betreffend die Aufrechterhaltung freien Handels in China, sagte der Minister: „Ich glaube, daß meine Hoffnungen in dieser Richtung wohlgegründet sind, denn unsere Interessen werden von Japan, Deutschland und Amerika geteilt; Alle haben sie die gleichen Interessen.“ Chamberlain führte eine Reihe der letzten Worte des Präsidenten Moritz ein und sagte, er glaube, in Zukunft werden die Engländer nicht die einzigen Wächter der „offenen Thür“ sein. — Chamberlain wurde sich jedoch der Frage der Allianzen zu und sagte: „Wir sind bereit, unsere eigenen Verpflichtungen und weitere ausreichende Interessen allein zu vertheidigen; dafür verlangen wir keine Beihilfe, dafür haben wir keine

Allianz nötig. Hier es gibt andere Interessen, welche wir mit anderen teilen. Ist es nicht vernünftig, daraus zu denken, daß es ein gewisser Zusammenhang gäbe, um diese Interessen zu fördern? Ich gestehe mir, gewiss unserer deutschen Freunde zu sagen, daß es möglich ist, von einer Allianz zu sprechen, wo der Bevölkerung die Zusp. nicht zu seiner Zuständigkeit gehöre.“

Wir können nicht glauben, daß die Mehrheit des Bundesrats zu einer Aufhebung der Zusp. sich entschließen werde, um "gewisse" Regierungen aus der Sache herauszuholen. Sollte ihm ein solches Urteil ernstlich zugeworfen werden, so könnte leicht die ganze Vereinbarung in die Brüche gehen.

Gestern hat der englische Colonialminister Chamberlain wieder eine bedeutende Rede in Wales gehalten, welche sie über die zukünftige Weltpolitik des Imperiums aussprach und Deutschland als Freund und Bruder des Volkes vorstellt.

Chamberlain sagte in Bezug auf Frankreich die Zukunft sei noch immer angewiesen; sie hinge von der Frage ab, ob zu welchen Zwecken es möglich sei, zu einer Vereinigung mit Frankreich zu gelangen, und in welchem Maße man an einer solchen Vereinigung bestreiten werde. Er möchte eine direkte Freundschaft zwischen den beiden großen Nationen begründen, doch hätte er es auch für nötig, zu erklären, daß die Freundschaft unverträglich mit der Politik der Britterierung und der Eroberungen sei, welche seit so vielen Jahren verfolgt werde. „Wie sind nicht gesonnen“, sagte der Redner, „die Freuds-

haft um den Preis von Concessions, die ohne Gegenleistung sie und sind und die nur als Ausgangspunkt für neue Eroberungen dienen, zu erhalten.“ Sodann sprach der Minister über China und wie die an den Regierungspolitik von Bismarck Opposition große Kritik prüft. Hierzu fragte er, ob England nachland den Krieg hätte aufzuhängen sollen, weil es seinen weiteren, bisher nicht offenbarten Plänen miethane, und ob es mit Gewalt dem natürlichen Werden Englands, eines eisfreien Hafens zu haben, hätte Widerstand leisten sollen. Die große Macht des englischen Volkes werde eine solche Politik als unzweckmäßig und unfehlbar verurtheilen. „Ich glaube“, fuhr der Minister fort, „eine Übereinkunft mit Russland ist unzweckmäßig und unfehlbar verurtheilt.“ „Ich glaube“, fuhr der Minister fort, „eine Übereinkunft mit Russland ist zu wünschen, ich kann sogar sagen, sie ist unzweckmäßig. Wollen nicht wir erste Besiedlungen richten sollen, stellen sich keine unzweckmäßigen Bedenken einer freuds-

chaftlichen Regierung entgegen, welche die verdeckten Besiedlungen Russlands mit der eisfreien Politik dieses Landes verbünden würde, die folgende ist: Aufrechterhaltung gleicher Gelegenheiten für den Handel aller anderen Nationen.“

Um Schluß einer Ausschreibung, betreffend die Aufrechterhaltung freien Handels in China, sagte der Minister: „Ich glaube, daß meine Hoffnungen in dieser Richtung wohlgegründet sind, denn unsere Interessen werden von Japan, Deutschland und Amerika geteilt; Alle haben sie die gleichen Interessen.“ Chamberlain führte eine Reihe der letzten Worte des Präsidenten Moritz ein und sagte, er glaube, in Zukunft werden die Engländer nicht die einzigen Wächter der „offenen Thür“ sein. — Chamberlain wurde sich jedoch der Frage der Allianzen zu und sagte: „Wir sind bereit, unsere eigenen Verpflichtungen und weitere ausreichende Interessen allein zu vertheidigen; dafür verlangen wir keine Beihilfe, dafür haben wir keine

Allianz nötig. Hier es gibt andere Interessen, welche wir mit anderen teilen. Ist es nicht vernünftig, daraus zu denken, daß es ein gewisser Zusammenhang gäbe, um diese Interessen zu fördern? Ich gestehe mir, gewiss unserer deutschen Freunde zu sagen, daß es möglich ist, von einer Allianz zu sprechen, wo der Bevölkerung die Zusp. nicht zu seiner Zuständigkeit gehöre.“

Wir können nicht glauben, daß die Mehrheit des Bundesrats zu einer Aufhebung der Zusp. sich entschließen werde, um "gewisse" Regierungen aus der Sache herauszuholen. Sollte ihm ein solches Urteil ernstlich zugeworfen werden, so könnte leicht die ganze Vereinbarung in die Brüche gehen.

Gestern hat der englische Colonialminister Chamberlain wieder eine bedeutende Rede in Wales gehalten, welche sie über die zukünftige Weltpolitik des Imperiums aussprach und Deutschland als Freund und Bruder des Volkes vorstellt.

Chamberlain sagte in Bezug auf Frankreich die Zukunft sei noch immer angewiesen; sie hinge von der Frage ab, ob zu welchen Zwecken es möglich sei, zu einer Vereinigung mit Frankreich zu gelangen, und in welchem Maße man an einer solchen Vereinigung bestreiten werde. Er möchte eine direkte Freundschaft zwischen den beiden großen Nationen begründen, doch hätte er es auch für nötig, zu erklären, daß die Freundschaft unverträglich mit der Politik der Britterierung und der Eroberungen sei, welche seit so vielen Jahren verfolgt werde. „Wie sind nicht gesonnen“, sagte der Redner, „die Freuds-

haft um den Preis von Concessions, die ohne Gegenleistung sie und sind und die nur als Ausgangspunkt für neue Eroberungen dienen, zu erhalten.“ Sodann sprach der Minister über China und wie die an den Regierungspolitik von Bismarck Opposition große Kritik prüft. Hierzu fragte er, ob England nachland den Krieg hätte aufzuhängen sollen, weil es seinen weiteren, bisher nicht offenbarten Plänen miethane, und ob es mit Gewalt dem natürlichen Werden Englands, eines eisfreien Hafens zu haben, hätte Widerstand leisten sollen. Die große Macht des englischen Volkes werde eine solche Politik als unzweckmäßig und unfehlbar verurtheilen. „Ich glaube“, fuhr der Minister fort, „eine Übereinkunft mit Russland ist unzweckmäßig und unfehlbar verurtheilt.“ „Ich glaube“, fuhr der Minister fort, „eine Übereinkunft mit Russland ist zu wünschen, ich kann sogar sagen, sie ist unzweckmäßig. Wollen nicht wir erste Besiedlungen richten sollen, stellen sich keine unzweckmäßigen Bedenken einer freuds-

chaftlichen Regierung entgegen, welche die verdeckten Besiedlungen Russlands mit der eisfreien Politik dieses Landes verbünden würde, die folgende ist: Aufrechterhaltung gleicher Gelegenheiten für den Handel aller anderen Nationen.“

Um Schluß einer Ausschreibung, betreffend die Aufrechterhaltung freien Handels in China, sagte der Minister: „Ich glaube, daß meine Hoffnungen in dieser Richtung wohlgegründet sind, denn unsere Interessen werden von Japan, Deutschland und Amerika geteilt; Alle haben sie die gleichen Interessen.“ Chamberlain führte eine Reihe der letzten Worte des Präsidenten Moritz ein und sagte, er glaube, in Zukunft werden die Engländer nicht die einzigen Wächter der „offenen Thür“ sein. — Chamberlain wurde sich jedoch der Frage der Allianzen zu und sagte: „Wir sind bereit, unsere eigenen Verpflichtungen und weitere ausreichende Interessen allein zu vertheidigen; dafür verlangen wir keine Beihilfe, dafür haben wir keine

Allianz nötig. Hier es gibt andere Interessen, welche wir mit anderen teilen. Ist es nicht vernünftig, daraus zu denken, daß es ein gewisser Zusammenhang gäbe, um diese Interessen zu fördern? Ich gestehe mir, gewiss unserer deutschen Freunde zu sagen, daß es möglich ist, von einer Allianz zu sprechen, wo der Bevölkerung die Zusp. nicht zu seiner Zuständigkeit gehöre.“

Wir können nicht glauben, daß die Mehrheit des Bundesrats zu einer Aufhebung der Zusp. sich entschließen werde, um "gewisse" Regierungen aus der Sache herauszuholen. Sollte ihm ein solches Urteil ernstlich zugeworfen werden, so könnte leicht die ganze Vereinbarung in die Brüche gehen.

Gestern hat der englische Colonialminister Chamberlain wieder eine bedeutende Rede in Wales gehalten, welche sie über die zukünftige Weltpolitik des Imperiums aussprach und Deutschland als Freund und Bruder des Volkes vorstellt.

Chamberlain sagte in Bezug auf Frankreich die Zukunft sei noch immer angewiesen; sie hinge von der Frage ab, ob zu welchen Zwecken es möglich sei, zu einer Vereinigung mit Frankreich zu gelangen, und in welchem Maße man an einer solchen Vereinigung bestreiten werde. Er möchte eine direkte Freundschaft zwischen den beiden großen Nationen begründen, doch hätte er es auch für nöt